

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung von Montag, 13. Januar 2014

Verfasser: René Gutknecht

### **Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten der zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft** (Vorlage 4993)

Es geht um die Aufarbeitung der Geschichte der zürcherischen Seidenindustrie welche bis in die 70er Jahre eine Rolle in unserer Wirtschaft spielte. Die FIKO beantragt einstimmig den Betrag von ca. 2.8 Millionen aus dem Lotteriefonds zu sprechen und somit die Daten zu sichern und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. **Michael Zeugin** zeigt auf wie wertvoll die Daten und die Geschichte der zürcherischen Industrie ist.

Die Grünliberalen und der Kantonsrat stimmen diesem Antrag fast einstimmig zu.

### **Volksinitiative „Weniger Steuern fürs Gewerbe“ (Kirchensteuerinitiative)** (Vorlage 4951a)

Die Vorlage der Jungen FDP will die juristischen Personen (Firmen) von den Kirchensteuern befreien. Die Mehrheit der STGK-Kommission hat beschlossen die Initiative und alle Gegenvorschläge abzulehnen.

**Jörg Mäder** zeigt auf wie heikel dieses Thema ist und legt dar, dass es auch in unserer Fraktion (wie in den meisten anderen übrigens auch...) umstritten ist.

Die Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag für die Gemeinschaft, aber wir diskutieren hier nicht über die Kirchen, sondern über die Abschaffung einer Steuer. Die Grünliberalen stossen sich daran, dass eine ungerechte Steuer aus Tradition weitergeführt wird. Natürliche Personen haben die Wahl, ob sie Kirchensteuern zahlen oder nicht, juristische Personen müssen diese zwingend zahlen und haben kein Austrittsrecht.

Aus diesem Grund präsentieren die Grünliberalen ihren Gegenvorschlag, welcher die Kirchensteuer für juristische Personen nach einer Übergangszeit von 5 Jahren auf eine freiwillige Basis stellt. Diese Übergangszeit würde es den Kirchen ermöglichen, ihre Strukturen anzupassen. Die BDP und EDU-Fraktionen unterstützten unseren Gegenvorschlag.

Der Rat aber beschliesst, nicht auf den Gegenvorschlag einzutreten.

Zur Initiative hat die glp Fraktion (wie die meisten Fraktionen) Stimmfreigabe beschlossen.

Die Initiative wird schliesslich mit 123 Nein bei 40 Ja abgelehnt. Somit kommt sie 2014 vors Volk.

### **Einführung einer Jugend-Initiative für 12-17 Jährige**

(eingereicht von Andreas Hauri, René Gutknecht und Denise Wahlen - Vorlage 222/2013)

**Andreas Hauri** zeigt auf, wie wichtig diese Initiative ist, und dass sie nicht durch ein Jugendparlament ersetzt werden kann. Die Jugend soll besser in politische Themen eingebunden werden und dies kann mit unserer Initiative geschaffen werden. Auch **Denise Wahlen** unterstreicht die Wichtigkeit der Initiative anhand ihrer persönlichen Erlebnisse in ihrer Schulzeit. René Gutknecht weist darauf hin, dass die Jugendlichen lernen müssen, mit der Politik umzugehen, so wie auch Sportler trainieren müssen.

Der Rat lehnt unsere Initiative leider mit 105 Nein zu 59 Ja Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.